

# Schönburger Tageblatt

## und Waldenburger Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlicht zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsoverlegers-Vereins (E. V.) - Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag eröfnet. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Erfüllungs-ort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wollenburg bei Herrn Linus Friedemann; in Denig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirken.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Ausperrung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder unserer Verleger, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Nichtigkeit der durch Fernsprecher abgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Erscheint werktägl. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 R.-Pfg. freibl. auszchl. Trägerl. Einzelne Nr. 10 Reichspf., Sonntags-Nr. 30 R.-Pf. Anzeigenpreise: 6geisp. Petitzeile 0,15 R.-Mark, 3geisp. v. außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-Mark, 3geisp. Mellemzeile 0,45 R.-Mark, Hinweise auf Anzeigen und Eingefandte 0,10 R.-Mark, Nachweise- und Offertengebühr 0,20 R.-Mark, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postfach Nr. 8. Postkontonummer Waldenburg Nr. 4438. Bankkonto: Vereinsbank in Goldh. Filiale Waldenburg. Stadtkontonummer Waldenburg 90. Rabatte gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei zwangsweiser Eintreibung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachschuß hinfallig.

Zugleich weit verbreitet in den Ortschaften der Ständesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Nr. 139

Freitag, den 17. Juni 1927

49. Jahrgang.

## Der Reichstag gegen die Erhöhung der Postgebühren.

Amthlicher Teil.

### Bewerbe-, Wirkfach- und öffentl. Handelsschule zu Waldenburg in Sachsen.

Wirkereifach-Sonderkursus.

1. Nitwaldische Farbenharmonielehre und ihre Anwendung in der Praxis.
2. Wirkmaschinenlehre (Kunststuhl-Cottonstuhl). Dauer bis Michaels. Beginn am 20. Juni Abends 8 Uhr. Dauer 24 Stunden. Auch Teilnahme an nur einer der beiden Vortragsreihen möglich.

Anmeldungen möglichst sofort erbeten.

Der Vorstand.

Nähere Auskunft erteilt

die Schulleitung.  
Direktor Hble.

Der Reichspräsident empfing gestern den Reichsjustizminister Dr. Hergt zum Vortrag.

Der Reichsfinanzminister Dr. Köhler ist nach Berlin zurückgekehrt.

Stresemann bezeichnet die Abrüstung als eine der wichtigsten Aufgaben des Völkerbundes.

Im Reichstag brachten die Kommunisten einen Mißtrauensantrag gegen den Postminister Schäkel ein.

Vom Völkerbund wurde Jugoslawien verständigt, daß über den Konflikt mit Albanien in Genf nicht verhandelt werden wird.

Das Belgrader Parlament wurde aufgelöst.

In Warschau begann gestern der Prozeß gegen den Gefandtenmörder.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Jugoslawien und Albanien sind abgebrochen.

Bisher sind aus England 150 Bolschewisten ausgewiesen worden.

Das Befinden des Königs von Rumänien hat sich gebessert.

Polen hat die Antwort an Moskau bereits abgefaßt.

Waldenburg, 16. Juni 1927.

Die seit dem Bestehen des Völkerbundes übliche „Politik hinter verschlossenen Türen“ ist auch diesmal in Genf, nachdem sich — nach langem Zögern — Stresemann, Briand und Chamberlain gegenseitig zur ersten Aussprache gefunden haben, wiederum Tatsache geworden.

Die Hauptarbeit wird in „Besprechungen“ geleistet, über die in den meisten Fällen inhaltslos „Communiqués“ — so heißt nun einmal in der Diplomatenprache das Wort für amtliche Mitteilung — ausgeteilt werden. So ist, notgedrungen, das Rätselraten an der Tagesordnung, und der Chronist ist in der Wertung dieser Mitteilungen auf das angewiesen, was er hier und da erlautert, was durchsickert, was nach den Presse-Empfängen kombiniert wird. Immerhin scheint das, was über die Besprechungen der Minister von Deutschland, England, Frankreich, Italien und Japan mitgeteilt wird, eine Erörterung zu erlauben.

Danach darf es nunmehr feststehen, daß die Russenfrage, die für die öffentlichen offiziellen Verhandlungen vorläufig noch heißes Eisen bedeutet, das man nicht anzufassen wagt, im Mittelpunkt der privaten Besprechungen liegt. Man spricht von einer Neuaufgabe der Locarno-Politik, die nach französischer Auffassung eine positive Zusammenarbeit Deutschlands mit den anderen Signatarmächten darstellt, die an einer Politik der Ordnung und der Aufrechterhaltung des Friedens in Europa interessiert sind. England und Frankreich wünschen diese Politik als eine Friedenspolitik gegen Rußland, als eine Front gegen die Propagandatätigkeit der Komintern, der kommunistischen Internationale. Daß tatsächlich eine solche Politik bei Frankreich und England ernsthaft erwogen werde, behauptet eine Neußerung, die aus den Kreisen Briands stammt. Es heißt da:

„Die Deutschen haben mit Rußland den Rapallo-Vertrag unterzeichnet, aber auch sie zeigen sich besorgt über die möglichen Folgen eines Fortschrittes der russischen Zeretzungspolitik in Europa. Soviel ist sicher, daß sich die Deutschen mit den anderen Mächten über gemeinsame Maßnahmen verständigen werden, die auf eine Bekämpfung des Kommunismus in Europa hinauslaufen. Die deutsche öffentliche Meinung tritt für eine Neutralität ein, aber eines Tages könnte Deutschland doch vor die Notwendigkeit gestellt werden, in irgend einer Form Partei zu ergreifen.“

Ganz soweit, wie diese Munkelrei der Briand-Journalisten die Dinge hinstellt, sind sie nun freilich doch noch nicht gediehen. Dr. Stresemann hat sich nach einer Meldung aus Genf dahin geäußert, daß wegen der Bühlarbeit der 3. Internationale tatsächlich eine große Erregung in einer Anzahl von Staaten bestehe. Nicht nur in London und in Paris sei ein gewisser Meinungsgegensatz zwischen den Anschauungen der Außenminister, die die Existenz des Russischen Reiches nicht hinwegleugnen könnten, und den Ansichten der Innenminister vorhanden, die eine energische Bekämpfung der kommunistischen Gefahr fordern. Der Minister hat dann weiter ausgeführt, daß Moskau sich durch sein brutales Vorgehen gegen eine Reihe der Auslieferung gegen das Sowjetregime beschuldigt eigener Staatsbürger viele Sympathien in der Welt verschert habe; der nach Sowjetrußland zurückkehrende Volkskommissar des Auswärtigen werde die schwierige Lage vorfinden, sich mindestens gegenüber den russischen Teilen der kommunistischen Internationale durchzusetzen. Die sogenannte Einheitsfront gegen Rußland sei durch die russische Presse und die zahlreichen Demonstrationen in Rußland erst bekannt und populär gemacht worden. Er könne versichern, daß keiner der verantwortlichen Staatsmänner, die in Genf versammelt sind, von einer solchen Einheitsfront etwas geäußert habe.

Drüben liegt man's so, hüten so. Das ist man in der großen Politik gewohnt. Immerhin scheint den Ministern die Russenfrage von einer solchen Wichtigkeit zu sein, daß die deutschen Belange augencheinlich in den Hintergrund gedrängt sind. Die Danziger Frage ist vertagt.

Auch die Behandlung der Frage der Ostunterstände zeigt, daß die Russenfrage im Vordergrund steht. Um Deutschland die Mitarbeit daran zu erleichtern, ist die Klärung der deutsch-französischen Beziehungen in erster Linie notwendig. Und da ist man auf dem Wege zu einem Kompromiß. Es wird davon gesprochen, daß man nach einer gründlichen Prüfung der deutschen Mitteilung auf alliierter Seite vielleicht damit einverstanden sei, daß die Kontrolle von einem neutralen Offizier durchgeführt werden könne. Eine Habas-Meldung behauptet sogar, die Frage sei in diesem Sinne bereits gelöst. Man sieht, das Thema „Moskau und die Welt“ drängt alles andere an die Seite.

### Dr. Stresemann zur Abrüstungsfrage.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Völkerbundes.

Im Völkerbundsrat in Genf gab Dr. Stresemann bei der Behandlung der Arbeiten des vorbereitenden Abrüstungsausschusses eine Erklärung ab, in der er feststellte, daß dieser Ausschuss nicht imstande gewesen ist, die Lösung des Problems sehr weit zu fördern. Er betonte die Notwendigkeit einer grundlegenden Verringerung, wenn die zweite Lesung nicht mit einem Fehlschlag enden sollte. Das Abrüstungsproblem sei eine der wichtigsten Aufgaben des Völkerbundes, und auf seiner Lösung beruhe in weitgehendem Maße dessen ganze Wirksamkeit.

Stresemann schloß mit dem Wunsche, „daß die Erörterungen der Völkerbundsversammlung im September dem Abrüstungsproblem einen neuen Anstoß geben, damit hierdurch der ehrliche Wille zur Abrüstung und zur Durchführung von Artikel 8 des Völkerbundsstatutes gestärkt werde.“

#### Die Memelfrage

wurde, wie das vorauszusehen war, durch ein Kompromiß erledigt. Der litauische Ministerpräsident Boldemaras erklärte im Rat, seine Regierung werde die erforderlichen Maßnahmen treffen, damit die Wahlen für den Memelländischen Landtag späte-

stens gegen September 1927 stattfinden. Die litauische Regierung sei fest entschlossen, alles, was an ihr liege, zu tun, damit die Autonomie wirksam werde und sich bezüglich Wählerschaft, Zusammensetzung des Landtages und Bildung des Direktoriums auf demokratischer Grundlage entwickle. Dann sagte er mündlich: „Die politischen und sonstigen Rechte des Memelgebietes, die Rechte der juristischen und natürlichen Personen werden diesen in vollem Maße gewährleistet werden.“

Damit gab sich Dr. Stresemann zufrieden. Er verzichtete darauf, daß diese Angelegenheit auf der jetzigen Ratstagung weiter behandelt wird.

### Die Eigenart der kleinen deutschen Länder.

Ein Wort des Reichspräsidenten in Dessau.

Gelegentlich seines Besuches in Dessau betonte der Reichspräsident bei der Schilderung seiner Eindrücke, die er in Dessau gewonnen habe, es sei ihm lebhaft vor Augen gekommen, welche bedeutsamen Kulturzentren auch die kleinen deutschen Länder und ihre Residenzen gewesen sind. Er fuhr dann fort:

„Sien Sie überzeugt, daß ich gewillt bin, in Achtung vor dem geschichtlich Gewachsenen und Gewordenen die Eigenart auch der kleinen deutschen Länder zu erhalten. Freilich darf dies nicht zur Eigenbrötelei und zur Absonderung führen; Erhaltung des Eigenlebens der deutschen Stämme und Länder soll nicht Zersplitterung und damit Schwächung erzeugen, sondern vielmehr der Stärkung des Zusammenhalts aller Deutschen dienen!“

### Politische Mundschau.

Deutsches Reich.

Reichspräsident von Hindenburg ist am Mittwoch früh gegen 9 Uhr von seiner Reise nach Anhalt wieder nach Berlin zurückgekehrt. Er empfing am gleichen Tage den Reichsjustizminister Dr. Hergt zum Vortrag.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler ist von seiner Studienreise durch Schweden, auf der er insbesondere die schwedischen Wasserkraftwerke besichtigt hat, wieder in Berlin eingetroffen.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat sich in Zentrumskreisen dahin geäußert, daß von der Bewilligung einer Erhöhung der Beamtengehälter vor dem 1. Oktober keine Rede sein dürfe.

Beisetzungsfeierlichkeiten für Dr. Krausnick. Staatsminister Dr. Krausnick ist unter außerordentlicher Teilnahme einer gewaltigen Trauerversammlung zur letzten Ruhe geleitet worden. Unter den Trauergevästen befanden sich Ministerpräsident Dr. Held mit dem bayerischen Gesamtministerium, Reichspostminister Dr. Schäkel als Vertreter des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, der päpstliche Nuntius Testa und der Kardinal Erzbischof Dr. Faulhaber, das gesamte diplomatische Korps und die Konsuln der fremden Mächte in München, sowie Vertreter aller mit dem Finanzministerium in Verbindung stehenden behördlichen, kommunalen und wirtschaftlichen Stellen und Verbände. — Im bayerischen Landtag hat eine Trauerkundgebung stattgefunden.

Saarräumung und Genf. Das Saargebiet hat eine Delegation nach Genf entsandt, die Dr. Stresemann eine Denkschrift überreicht hat, in der die Zurückziehung des belgischen Mitgliedes der Saarregerung und die Durchführung des internationalen „Bahnzuges“ auf Grund des Beschlusses des Völkerbundsrates vom März dieses Jahres gefordert wird. Ferner wird auf die schwere Wirtschaftslage des Saargebietes hingewiesen, die nur durch eine Vereinigung des Saargebietes mit Deutschland endgültig behoben werden könne.

Stresemann hat den preußischen Staatssekretär Dr. Weßmann gebeten, sofort nach Genf zu reisen. Die Reise soll mit Fragen der Schutzpolizei zusammenhängen.